

Die Institutionalisierung der Fakultät für Soziologie*

Franz-Xaver Kaufmann

Institutionalisierungen sind aus soziologischer Sicht Langfristprozesse der Gewohnheitsbildung, der Sedimentierung von Wissen, der Typisierung von Handlungen und Akteuren und schließlich der Legitimierung von Relevanzstrukturen unter den Bedingungen eines einigermaßen kontinuierlichen Interaktionszusammenhangs.¹ Sie sind ein Produkt vergangener Handlungen und Interaktionen, ohne daß sie notwendigerweise deren aktuellem Sinn entsprechen müßten. Was aus der unübersehbaren Vielzahl sozialer Kommunikationen als Regelmäßigkeit ausgefiltert wird, läßt sich kaum von langer Hand planen. Natürlich gibt es Prozesse, in denen solche Regeln festgelegt werden, beispielsweise Beschlüsse bestimmter Gremien, aber ob und wie die Regeln gehandhabt oder wieder geändert werden, bleibt späteren Entwicklungen vorbehalten. Von Institutionalisierung ist zu sprechen, wenn über einen längeren Zeitraum bestimmte soziale Zusammenhänge so weitgehend typisiert, habitualisiert und als gültig akzeptiert sind, daß die Beteiligten sich ohne erheblichen Widerspruch darauf berufen können. Daß in seiner Geltung unumstrittenes positives Recht einen wichtigen Indikator gelungener Institutionalisierung darstellt, ist auch aus soziologischer Sicht nicht zu bestreiten, aber der Soziologe wird genauer zu bestimmen suchen, auf welcher Ebene hier berechtigterweise von Institutionalisierung gesprochen wird, und wo positives Recht eher zu den Randbedingungen eines zu untersuchenden Institutionalisierungsprozesses gehört.

Damit ist gleichzeitig gesagt, daß Institutionalisierung im hier gemeinten Sinne sich auf sehr unterschiedlichen Ebenen sozialer Emergenz abspielen kann. Wenn der Fuchs zum ‚kleinen Prinzen‘ in der gleichnamigen Erzählung von Antoine de St. Exupéry sagt, er solle jeden Tag zur gleichen Stunde kommen, damit er sich schon vorher auf ihn freuen könne, so geht es um die Logik der Institutionalisierung: Stabilisierung von Erwartungen. Niklas Luhmanns Gegenüberstellung von ‚Institution‘ und ‚Organisation‘ geht noch von einem allzu emphatischen Institutionenbegriff Schelsky'scher Prägung aus, wenn er mit Bezug auf die Universität Bielefeld schreibt: „Aus der Institution ist nichts geworden. Nicht nur, daß die Planungsideen in ihren spezifischen Konturen nicht realisiert worden sind, und nicht nur, daß die politischen Umstände durch das Dazwischentreten der Studentenbewegung rasch ungünstiger wurden. Vielmehr hat sich die Logik der Organisationen durchgesetzt. ... zwar nicht

* Für Mithilfe bei den erforderlichen Recherchen danke ich Alexandru Preda und Torsten Strulik

¹ Vgl. P. Berger/Th. Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit – eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M., S. 49 ff.

als funktionierende Hierarchie, wohl aber als Typus von Formen, deren sich jeder bedienen muß, der etwas erreichen will.“² Insoweit als solche Formen als legitim akzeptiert und tatsächlich im Gebrauch sind, wird man deren Institutionalisierung schwerlich bestreiten können.

Die Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld ist bis heute ein Unikum in der deutschen, ja wahrscheinlich sogar in der europäischen Hochschullandschaft geblieben. Nirgends sonst hat das Fach eine vergleichbare akademische Autonomie gewonnen: Während die Soziologen an anderen Universitäten mühsam um die Anerkennung ihres Faches in der Hackordnung multidisziplinär zusammengesetzter Fakultäten und Fachbereiche kämpfen müssen, war es in Bielefeld umgekehrt. Im Konzert der Sozialwissenschaften bildete die Soziologie die Leitwissenschaft, der gegenüber sich andere Disziplinen ihren Platz erkämpfen mußten.

Wie sind die Bielefelder Soziologen mit dieser einmaligen Chance umgegangen? Haben sie es verstanden, eine ihrem Fach gemäße Form von Struktur, Lehre und Forschung zu finden, die sich als Institutionalisierung begreifen läßt? Nur auf dieser Ebene sei im folgenden ein Rückblick auf die Fakultätsentwicklung gewagt, die natürlich auch in hohem Maße von externen Entwicklungen mit bestimmt war, welche hier nur angedeutet werden können.

Die gestellte Frage betrifft den Schreibenden nicht nur als teilnehmenden Beobachter, sondern auch als Handelnden, Mitverantwortlichen. Die unvermeidliche Perspektivität jeder Darstellung gerät in einem solchen Falle leicht entweder zu schönfärberischer Apologetik oder zu enttäuschter Kritik, vielleicht auch zu beidem in unterschiedlicher Hinsicht. Jeder hat – wie wir aus Niklas Luhmanns Theorie des Beobachters wissen – seinen blinden Fleck. Was man für wichtig oder weniger wichtig erachtet, ist von persönlichen Erfahrungen und Präferenzen nicht frei. Die Kollegen, die ihr Wirken im folgenden nicht genügend gewürdigt finden, mögen es mir nachsehen.

Die Gründungsphase

Die Fakultät für Soziologie konstituierte sich am 16. September 1969 mit den Professoren (in der Reihenfolge ihrer Ernennung) Niklas Luhmann (Soziologie), Franz-Xaver Kaufmann (Sozialpolitik und Soziologie), Hanns-Albert Steger (Lateinamerikaforschung), Joachim Matthes (Soziologie), Helmut Schelsky (Soziologie) und Peter Christian Ludz (Politische Wissenschaft) und wählte Joachim Matthes zum ersten Dekan, der bereits die vorbereitende Fachbereichskommission seit März 1969 geleitet hatte.³ Mit Ausnahme von P.C. Ludz kamen alle Gründungsmitglieder der Fakul-

² N. Luhmann, Die Universität als organisierte Institution. In: Die humane Universität. Festschrift für Karl Peter Grotemeyer. Hrsg. A. Dress u.a., Bielefeld 1992, S. 56.

³ Bis Februar 1969 war H. Schelsky Vorsitzender der Fachbereichskommission. Zur Vorge-

tät von der Universität Münster, deren soziologischer Studiengang gemäß den Plänen der Landesregierung nach Bielefeld verlegt werden sollte. Sie kannten sich auch aus der Zusammenarbeit in der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, wo sie allerdings unterschiedliche rangmäßige Positionen innehatten. Auch die erste Generation der wissenschaftlichen Mitarbeiter stammte zum größten Teil aus der Sozialforschungsstelle, die Studenten aus Münster, so daß von Anfang an ein engerer Kommunikationskreis der Gründergeneration entstand, in dem sich die neu Hinzutretenden zunächst nur mit einiger Mühe zurechtfinden. Aus der Sozialforschungsstelle in Dortmund stammt auch der Kernbestand der heute international gerühmten Fakultätsbibliothek, die dank sorgfältiger Pflege durch die langjährigen Bibliothekare Dr. Johannes Rogalla von Bieberstein und Manfred Mansfeld auf mittlerweile 197.000 Bände angewachsen ist. Die Fakultät hat also eine Geschichte, die z.T. weit vor ihre Gründung zurückreicht und sich auch in Sympathien und Antipathien der Gründergeneration niedergeschlagen hat. Die Gründungsgeschichte der Fakultät ist wie diejenige der ganzen Universität zudem durch die Auseinandersetzung mit dem geistigen Umfeld der Studentenbewegung der 60er Jahre geprägt worden.⁴

Die dringendsten Aufgaben der Gründerzeit betrafen die Vervollständigung des Lehrkörpers und die Entwicklung eines neuen Studienkonzeptes. Durch die Gewinnung von Frido Wagener (Verwaltungswissenschaften), Dietrich Storbeck (Regional- und Raumplanung), Theodor Harder (Methodologie und Mathematik der Sozialwissenschaften), Christian von Ferber (Soziologie) und Günter Büschges (Personal- und Organisationswesen), gelang es bereits im ersten Jahr, einen in fachlicher Hinsicht ausreichend differenzierten Lehrkörper zu bilden, der zusammen mit den Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter⁵ und Studenten im Verhältnis 2:1:1 gemäß der damaligen Universitätssatzung die Fakultätskonferenz bildete.

Ebenso wichtig wie dieses für alle Grundsatzfragen der Fakultät zuständige Gremium war von Anfang an das Dekanat, das ebenfalls nach dem Schlüssel 2:1:1 zusammengesetzt war und alle wichtigen Geschäfte behandelte.⁶ Die schon in der Universitätssatzung angelegte wenig selbständige Stellung des Dekans wurde in der Praxis der Fakultät noch dahingehend eingeschränkt, daß praktisch alle Entscheidungen von Belang im Dekanat getroffen wurden. Diese Praxis hatte sich bereits im Ge-

schichte der Gründung vgl. den Beitrag von O. Rammstedt.

⁴ Vgl. den Beitrag von K. Dammann, Die Entwicklung der Fakultät und soziale Bewegungen.

⁵ Unter ihnen verdienen die allzu früh verstorbenen Kollegen R. Klima, der frühere Betriebsratsvorsitzende in der Sozialforschungsstelle und spätere Redakteur der „Zeitschrift für Soziologie“ sowie H. Haferkamp, später Professor für Soziologie an der Universität Bremen, eine besondere Erinnerung. Zusammen mit H. Wienold und O. Rammstedt bildeten sie den ‚politischen‘ Kern der Assistentenschaft in der Gründungsphase.

⁶ Eine Übersicht über die personelle Zusammensetzung aller Dekanate findet sich im Anhang.

schäftsführenden Ausschuß der Fachbereichskommission eingebürgert, welche die Weichen für den Fakultätsaufbau im Laufe des akademischen Jahres 1968/69 stellte.

Diese hochgradig auf Partizipation und Einbindung aller Statusgruppen (ein damals noch nicht geläufiges Wort!) gerichtete Universitätsstruktur und fakultäre Praxis bildete den Versuch einer Antwort auf die studentische Unruhe jener Zeit und war gleichzeitig Ausdruck einer großen Teile der wissenschaftlichen Mitarbeiter und des Lehrkörpers einigenden Hoffnung auf eine mögliche Demokratisierung des deutschen Hochschulwesens. Noch gab es kein Universitätsgesetz! Die Gründung der Universität Bielefeld war noch ein weitgehend autonomer Prozeß, bei dem zum mindesten in der Gründungsphase ein bemerkenswertes Maß an aktiver Konsens- und Kompromißbereitschaft aller Beteiligten den Ausschlag gab.⁷

Dennoch blieb auch die Universität Bielefeld von einer Politisierung nach dem Links-Rechts-Schema nicht verschont, wenngleich sich hier kaum jemand als ‚rechts‘ bezeichnen mochte. In der Fakultät für Soziologie zerbrach die insgesamt konstruktive Zusammenarbeit der Mitglieder der Fakultätskonferenz am Berufungsverfahren ‚Sozialpsychologie‘ gegen Ende des Wintersemesters 1970/71: Um den in der engsten Wahl stehenden Berliner Professor Klaus Holzkamp entbrannte ein Konflikt, der die Fakultät erstmals deutlich nach dem in der gesamten Hochschulpolitik dominierenden Links-Rechts-Schema spaltete und sie sozusagen die Unschuld der freien Diskursgemeinschaft verlieren ließ. Während bis dahin Entscheidungen in der Fakultätskonferenz häufig von Mehrheiten quer zu den Statusgruppen getroffen worden waren, begann sich nun zunehmend ein blockmäßiges Abstimmungsverhalten einzubürgern, wobei sich die Studentenvertreter zudem nicht selten durch ein imperatives Mandat studentischer Vollversammlungen gebunden fühlten, was die Verhandlungen und das Finden von praktikablen Lösungen natürlich erschwerte. Eine Umfrage unter den Professoren der Fakultät in der Mitte der 70er Jahre zeigt, daß der Reformimpuls nunmehr völlig verpufft war und sich die Fakultät in einer tendenziell anomischen Situation befand.

Die beiden Diplomanden, welche damals ihre eigene Fakultät zum Gegenstand ihrer Diplomarbeit machten, hielten fest: „In der Planungs- und Konstruktionsphase der Bielefelder Fakultät für Soziologie ist versucht worden, alle etablierten und tradierten Regeln und Beziehungen der Organisation ‚Fakultät‘ – in ihren beiden Funktionen der Erziehung und der wissenschaftlichen Produktion – gleichzeitig zu reformieren und zu verändern. Nach der ersten Aufbauphase der Fakultät zeichnet sich ab, daß es dagegen nicht gelungen ist, die abgeschafften Strukturen, Regeln und Beziehungsgefüge durch leistungsfähige Äquivalente zu ersetzen. Im Gegenteil hat beispielsweise die Auflösung der traditionellen Beziehungen zwischen und unterhalb der Statusgruppen weitgehend nicht die intendierten Vorteile gebracht, sondern im Ge-

⁷ Vgl. F.-X. Kaufmann, Die Universität Bielefeld – ihr Konzept und dessen Schicksal. In: Die humane Universität, S. 30 f.

genteil zu einer folgenschweren, generellen Interaktions- und Kommunikationsleere geführt sowie Isolation und gravierende Selbstverortungsprobleme der einzelnen Mitglieder hervortreten lassen.“⁸

Augenscheinlich war also der Impetus der Gründungsphase ins Leere gegangen. Wenn heute die Fakultät für Soziologie sich nationaler und internationaler Anerkennung erfreut, so hätte ihr das Mitte der 70er Jahre niemand vorausgesagt. Und auch noch weit bis in die 80er Jahre hinein, ja vielleicht bei manchen noch heute, herrschte eine Unzufriedenheit mit dem Zustand der Fakultät, die zwar von allen Statusgruppen unterschiedlich definiert wurde, aber zum mindesten in der Diagnose einer mangelnden Reformfähigkeit durchaus konvergierte. Wie ist es dann zu erklären, daß trotz allem die Fakultät sich heute – zum mindesten im Vergleich zu anderen soziologischen Einrichtungen – in einem durchaus respektablen Zustand präsentiert? Dies meint die Frage nach der Institutionalisierung. Ihr soll im folgenden an drei Beispielen – der Etablierung des Diplomstudiengangs, der Strukturentwicklung und der Entstehung von Forschungsstrukturen – nachgegangen werden.⁹

*Der Diplomstudiengang für Soziologie*¹⁰

Auch wenn mittlerweile die Fakultät an zahlreichen weiteren Studiengängen beteiligt ist, so ist es doch nach wie vor der Diplomstudiengang, der das Profil der Fakultät prägt. Dies ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, daß die Erarbeitung des Konzeptes dieses Studiengangs die erste große gemeinsame Aufgabe der Fakultät bildete, und daß die Verabschiedung der „Grundsätze für Studium und Lehre an der Fakultät für Soziologie“ im Februar 1970 die erste weitreichende Entscheidung der Fakultät über sich selbst darstellte.

Das Ringen um ein neuartiges Konzept der Soziologenausbildung setzte bereits im Vorfeld der Fakultätsgründung ein, und es wurde darüber im Sommer und Frühjahr 1969 auf zwei Arbeitstagen in Schloß Rheda unter Beteiligung einer größerer Zahl Münsteraner Soziologiestudenten hart gefochten. Alle Beteiligten waren sich darin einig, daß gegenüber dem Münsteraner Diplomstudiengang, der zu einem weitgehend unverbundenen Nebeneinander des Studiums von Wirtschaftswissenschaften und Soziologie geführt hatte, das neue Studienkonzept eindeutig auf die

⁸ W. Klitzsch/R. Lohan, Anspruch und Wirklichkeit einer berufsbezogenen Soziologieausbildung am Beispiel der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. Ergebnisse einer Professorenbefragung. Diplomarbeit, Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, 1975, S. 229 f.

⁹ Quelle der folgenden Darstellung sind die Akten, die der Verfasser aus der Frühzeit der Fakultät aufbewahrt hat; sie sind jedoch lückenhaft. Ergänzende Auskünfte und Akteneinsicht verdanke ich Otto Lüke. Leider existiert bis heute kein geordnetes Archiv der Fakultätsakten.

¹⁰ Zur Genese und Problematik des Diplomstudienganges vgl. den Beitrag von K.-D. Bock.

Soziologie als Leitwissenschaft zu zentrieren sei. Im übrigen aber gingen die Meinungen zunächst weit auseinander: Helmut Schelskys Gründungskonzept sah für die Fakultät vor allem einen „berufsbezogenen Diplomstudiengang“ vor, ein angesichts der sonstigen Vorstellungen Schelskys über eine ‚theoretische Universität‘¹¹ eher überraschender und vielleicht auch etwas opportunistischer Vorschlag, um den hohen Stellenwert der Soziologie im Rahmen der geplanten Universität zu begründen. Im Frühjahr 1969 hatte dagegen der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie empfohlen, keine weiteren soziologischen Hauptfachstudiengänge mehr aufzubauen, wohl eine defensive Reaktion gegen den wachsenden Unmut über die zunächst in erheblichem Maße von Sozialwissenschaftlern getragene deutsche Studentenbewegung. Schelskys Konzept eines berufsbezogenen Studienganges rief aber auch bei den Münsteraner Studenten Widerstand hervor, die darin den Versuch einer ‚technokratischen‘, den gesellschaftlichen Verwertungsinteressen angepaßten Studienreform witterten. Schließlich hatte der Vorschlag aber auch seine immanenten Tücken: Denn auf welche Berufe sollte ein soziologischer Studiengang vorbereiten, wo es doch überhaupt noch keine fachspezifische Berufspraxis gab? Auch die Studenten forderten einen Praxisbezug des Studiums, allerdings im Sinne einer emanzipatorischen, d.h. soweit als möglich selbst bestimmten Studienpraxis, die auch die Möglichkeit einer Verbindung von Studium und politischem Engagement eröffnen sollte.

Über den ‚Praxisbezug‘ des neuen Studiengangs herrschte somit ein vordergründiger Konsens; was dieser Praxisbezug jedoch bedeuten sollte – Berufsvorbereitung, anwendungsbezogene Forschung, kommunikative Praxis akademischer Lehre und studentischen Lernens oder emanzipatorische Praxis des politischen Kampfes – hierüber blieben die Meinungen geteilt. Das Konzept der ‚aktiven Professionalisierung‘, welches aus diesen Diskussionen als programmatische Kompromißformel hervorging, beanspruchte zum einen, den nicht existenten Berufsbezug des Soziologiestudiums „in Antizipation künftiger Entwicklungen auf bestimmte Praxisfelder hin auszurichten, in denen in Zukunft ein wachsender Bedarf an soziologisch ausgebildeten Fachleuten vermutet wird. Daß dieser latente Bedarf aktualisiert wird, setzt allerdings voraus, daß es gelingt, Soziologen mit einem ausreichenden spezifischen Fachwissen auszubilden, das es ihnen gestattet, sich nicht nur durch ihre allgemeinen soziologischen Kenntnisse auszuweisen, sondern auch die Erwartungen an ein inhaltlich spezifisches Wissen und Können zu erfüllen.“ Dies setzt voraus, „daß die in sozialwissenschaftlicher Perspektive weitgehend unreflektierten Theorien und Problembestimmungen solcher Praxis innerhalb der Universität dargestellt und kritisch verarbeitet werden können.“¹²

¹¹ Zur Konzeption der ‚theoretischen Universität‘ vgl. den Beitrag von H. Korte und B. Schäfers.

¹² F.-X. Kaufmann, Überlegungen zum Praxisbezug des Soziologiestudiums. (Ms. Sept. 1969) Veröffentlicht in: J. Matthes, Einführung in das Studium der Soziologie. Reinbeck 1973, S. 258-266, Zit. S. 265. Für eine ausführlichere Darstellung der Probleme aktiver Professionalisierung siehe den Beitrag von K.D. Bock.

Es beinhaltet zum anderen auch, daß die Praxis des Soziologiestudiums im Sinne einer interaktiven Praxis zwischen Lehrenden und Lernenden gestaltet und reflektiert werden müsse: „Der Praxisbezug des Studiums hat sich zu allererst an der Wahrnehmung und Ausgestaltung des Studiums als einer Praxis zu bewähren. ... Für den ersten Studienabschnitt (ist) eine Ordnung des Wissensangebots zu fordern, die an gesellschaftliche Primärerfahrung anknüpft und in deren Dekomposition die konstitutiven Elemente soziologischen Denkens sichtbar werden läßt; ... in der zweiten Phase (ist) *die* Ordnung zu erarbeiten, die sich das systematisierte soziologische Denken in der theoretischen Rekomposition der gesellschaftlichen Wirklichkeit, und d.h.: für seinen Prozeß der Wissensgewinnung und Wissensbildung gibt. In einer dritten Phase schließlich ist eine Ordnung des Wissensangebots zu schaffen, in der sich Bereiche gesellschaftlicher Praxis mit den ihnen innewohnenden handlungsleitenden Wissenssystemen aufnehmen und in ein Verhältnis zu dem verfügbaren soziologischen Wissen über sie setzen zu lassen – mit dem Ziel, Modelle für das Handeln des Soziologen in der gesellschaftlichen Praxis zu entwickeln.“¹³

Entsprechend dieser Konzeption wurde für die Studienanfänger das Konzept eines Einführungssemesters entwickelt, in dem die Studierenden durch die gemeinsame Analyse sozialer Probleme an die Inhalte und Fragestellungen der Soziologie herangeführt und in das wissenschaftliche Arbeiten eingewiesen werden sollten. Hieran schloß sich ein grundsätzlich dreisemestriges Grundstudium an, in dem neben einer durchlaufenden Ausbildung in den Methoden der empirischen Sozialforschung vor allem Geschichte und Grundbegriffe der Soziologie sowie Grundzüge der Sozialpsychologie, der politischen Wissenschaft sowie des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft vermittelt werden sollten. Nach Erwerb der geforderten sechs Scheine und Absolvierung eines Kolloquiums mit überwiegend beratendem Charakter galt die Zwischenprüfung als bestanden und die Zulassung zum Hauptstudium erreicht, das eine bewußte Differenzierung der erwerbbaaren Qualifikationen durch ein breites Fächerangebot und die Einräumung von Entscheidungsspielräumen für die einzelnen Studierenden vorsah.

Der Gestaltung des Studiums als kommunikative Praxis sollte die weitgehende Ablösung des herkömmlichen Frontalunterrichts durch interaktive Lehr- und Lernformen dienen; zudem wurde den Studenten die Möglichkeit eingeräumt, sich autonom zu Studiengruppen zusammenzuschließen, um auf diese Weise unter einer nur indirekten Kontrolle von Lehrenden sich zusätzliche Themenbereiche selbst zu erarbeiten. Innovativ war damals der Beschluß, alle Lehrveranstaltungen in einem kommentierten Veranstaltungsverzeichnis aufzuführen, eine Gewohnheit, die sich bis heute erhalten hat.

Die nachhaltigste Wirkung zeigte das Konzept der aktiven Professionalisierung durch die Schaffung von Professuren für sogenannte praxisbezogene Schwerpunkt-

¹³ J. Matthes, Einführung in das Studium der Soziologie, S. 178.

gebiete im Hauptstudium, d.h. für die soziologische Aufarbeitung charakteristischer Probleme in bestimmten Feldern gesellschaftlicher Praxis, die als für Soziologen besonders aufnahmefähig erachtet wurden. Die entsprechenden Grundorientierungen wurden mit leichten Modifikationen in der Bezeichnung bis in jüngste Zeit durchgehalten: Sozialplanung und Sozialarbeit (Günter Albrecht), Entwicklungsplanung und Entwicklungspolitik (Hans-Dieter Evers), Regional- und Raumplanung (Dietrich Storbeck), Öffentliche Verwaltung (Frido Wagener, Klaus Dammann), Personal- und Organisationswesen (Günter Büschges, Karl Krahn), Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftsplanung (Peter Weingart). In curricularer Hinsicht bedeutete dies, daß das Studium in diesen zugleich als Prüfungsfach ausgestalteten ‚Praxisschwerpunkten‘ an die Stelle des Studiums spezieller Soziologien getreten ist und den Studenten spezifische Spezialisierungen nahelegt, die durch ein frei wählbares Ergänzungsfach noch vertieft werden können. Zudem wurde im Hauptstudium ein neues Fach „Sozialwissenschaftliche Planungs- und Entscheidungstheorie“ eingeführt, das eine gedankliche Verbindung zwischen den Konzepten der allgemeinen Soziologie und den Praxisschwerpunkten leisten soll. Tragende Elemente blieben die „Allgemeine Soziologie“ und die „Methoden der empirischen Sozialforschung“, wobei hier durch die Einführung sogenannter „Lehrforschungsprojekte“ der Handlungsbezug verstärkt wurde.

Das Bielefelder Konzept einer Verbindung von theoretischer Orientierung, methodischer Ausbildung und berufsfeldbezogener Spezialisierung im Hauptstudium ist wegweisend geworden für die meisten Reformbemühungen des Soziologiestudiums in der Bundesrepublik Deutschland. Die im Jahre 1990 in Kraft gesetzte bundesdeutsche Rahmenprüfungsordnung nimmt wesentliche Intentionen der Bielefelder Reformbemühungen auf, auch solche, wie z.B. das Pflichtpraktikum, die damals am Widerstand der Studenten gescheitert waren. Da die Rahmenprüfungsordnung erstmals einheitliche Kriterien für die Prüfungsanforderungen und Abschlüsse des Soziologiestudiums in Deutschland festlegt, ist darin ein wesentlicher Schritt zur Professionalisierung der Soziologie zu sehen. Auch hat sich zwischenzeitlich (1976) unter maßgeblicher Beteiligung der Bielefelder Soziologen ein Berufsverband deutscher Soziologen (BDS) gegründet¹⁴, der trotz eines bescheidenen Organisationserfolges unter den außerhalb der Universität tätigen Soziologen beachtliche professionspolitische Aktivitäten entfaltet. Berücksichtigt man weiterhin den Ausbau der außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschung sowie die Schaffung der heute in der GESIS zusammengefaßten sozialwissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen, so wird man insgesamt von deutlichen Fortschritten in Richtung auf eine Professionalisierung der Soziologie sprechen dürfen.¹⁵ Das Gewicht der Bielefelder Gründung für diese

¹⁴ Erwähnt sei unser langjähriger Fakultätskollege H. Schneider als Mitinitiator und langjähriger Vorsitzender des BDS.

¹⁵ Vgl. J. Zinn, Akademiker/innen/Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland und die Er-

Vorgänge muß selbstverständlich offen bleiben, und sicher war der Anspruch, durch die Aktivität einer einzelnen Einrichtung die Professionalisierung der Soziologie vorantreiben zu können, überzogen. Aber mit Rücksicht auf die Situation der späten 60er Jahre sollte die Signalwirkung der Bielefelder Gründung doch nicht unterschätzt werden. Über die Umgestaltung des Studienkonzeptes hinaus hat die Fakultät allerdings wenig unternommen, um sich der Tauglichkeit ihrer Ausbildungskonzeption zu vergewissern: Die Pflege des Kontaktes zu den Absolventen des Diplomstudienganges wird bis heute vernachlässigt, und trotz einigen Verweilstudien¹⁶ wurden m.W. keine Versuche einer Evaluation des Studiengangs durch die Absolventen gemacht.

Auch wenn die Grundzüge des Bielefelder Diplomstudiengangs nie ernsthaft in Frage gestellt worden sind, so ist die praktische Umsetzung des Reformkonzeptes doch eine überaus langwierige, unvollständige und inkrementale Angelegenheit gewesen. So haben es z.B. die Vertreter der Allgemeinen Soziologie bis heute nicht geschafft, sich auf ein gemeinsames Curriculum zu einigen. Vor allem in den praxisorientierten Schwerpunktgebieten, aber auch in Bereichen der empirischen Ausbildung und in einzelnen Ergänzungsfächern wie Sozialpolitik, Politische Wissenschaft und Sozialanthropologie wurden curriculare Elemente entwickelt und gelegentlich revidiert, die sich im großen und ganzen bewährt haben.¹⁷

Trotz entsprechender programmatischer Erklärungen und insgesamt günstiger quantitativer Relationen zwischen Lehrenden und Lernenden dauerte es lange, bis sich einigermaßen verbindliche Standards des Lehrens, Lernens und Prüfens herausbilden konnten. Der emanzipatorische Impetus der späten 60er Jahre, von dem auch der akademische Mittelbau und manche Professoren erfaßt wurden, setzte ganz auf die intrinsische Studienmotivation der Studierenden, und die kommunikative Lehrpraxis bot nicht wenigen Lehrenden das Alibi für einen Verzicht auf das systematische

schließung neuer Tätigkeitsfelder durch Professionalisierung 1945-1993. Das Beispiel der Soziologie. Diplomarbeit Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, 1994, S. 140 ff.

¹⁶ Vgl. insbesondere: C. Rammert-Faber, Zur beruflichen Situation praxisorientiert ausgebildeter Soziologen. Ergebnisse einer ersten empirischen Erhebung über die Berufssituation der Absolventen des ‚Bielefelder Soziologie-Studiengangs‘. In: *Soziologie* 1/1976, S. 39-70; Dies., Erfahrungen mit der praxisorientierten Ausbildung für Diplom-Soziologen in Bielefeld. In: *Soziologie* 1/1982, S. 47-61; H.R. Schneider, Bielefelder Diplom-Soziologen in Studium und Beruf, Teil 2: Berufseinmündung und Berufslaufbahnprozesse sowie eine Bedingungsanalyse des Berufseinstiegs (Forschungsberichte der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld 19). Bielefeld 1981; M. Schroeder, Bedingungen des Berufseinmündungsverlaufs Bielefelder Diplom-Soziologen der Jahrgänge 1979 bis 1985. Eine empirische Analyse der Befragung „Bielefelder in Studium und Beruf“. Unveröff. Diplomarbeit, Bielefeld 1988; weiterhin den Beitrag von K. Dammann und J. Zinn.

¹⁷ Die Reformanstrengungen der Aufbauphase sind dokumentiert in: Universität Bielefeld: Studienreform an der Fakultät für Soziologie. Dokumentation und Erläuterungen der Lehrpläne und Prüfungsordnungen. Schriften zum Aufbau einer Universität, Bd. 5, Bielefeld 1973.

Strukturieren der Lernsituation. Dem Zeitgeist entsprechend wurde auch die Prüfungsordnung soweit als möglich von fremdbestimmten Anforderungen entlastet. Das zeigte sich bereits bei der sogenannten Zwischenprüfung, deren Nichtbestehen nur dann möglich war, wenn Studierende nicht innerhalb der fünf Semestern die geforderten sechs Scheine vorlegen und das beratende Kolloquium absolvieren mochten. Die Hauptprüfung, bei der auf eine Benotung verzichtet werden kann, besteht bis heute aus zwei Teilen, der Diplomarbeit und einer mündlichen Prüfung in vier Fächern – Soziologie, Planungs- und Entscheidungstheorie¹⁸, praxisorientiertes Schwerpunktgebiet und Ergänzungsfach –, die als Kollegialprüfung unter Beteiligung von mindestens zwei Hochschullehrern abgenommen wird. Für viele Studierende verlagerte sich damit der ‚Ernstfall‘ erst ans Ende des Studiums, die vorgeschriebene Bearbeitungszeit der Diplomarbeit von drei Monaten wurde nur in Ausnahmefällen wirklich eingehalten und sonst mehr oder weniger elegant umgangen. Und auch in den mündlichen Prüfungen zeigte sich, daß die fehlende Gelegenheit, das eigene Wissen bereits während des Studiums zu prüfen, bei einem erheblichen Teil der Studierenden zu äußerst bescheidenen Leistungen führte. Da aber nicht nur ein erheblicher Teil der Studierenden, sondern auch der Lehrenden von einem tief sitzenden Mißtrauen gegen jede Form von ‚Fremddisziplinierung‘ beseelt war, blieben in den ersten Jahren nicht bestandene Prüfungen extrem seltene Ausnahmen. Und da zunächst die meisten Studierenden auf eine Benotung verzichteten, blieb auch die qualitative Differenzierung der Studienabschlüsse weitgehend im Dunkeln.

Nicht bedacht und nicht gesehen wurde, daß das ‚hidden curriculum‘ der Fakultät außerordentliche Anforderungen an die Studierenden stellte: Sie mußten sich in der Vielfalt eines unübersichtlichen Studienangebotes selbst orientieren und sich selbst über ihre eigene Leistungsfähigkeit klar werden. Klare Anforderungen der Dozenten und Rückmeldungen über ungenügende Leistungen blieben die Ausnahme. Es bedurfte eines überdurchschnittlichen Maßes an Orientierungsfähigkeit, Zielstrebigkeit und Selbstdisziplin, um unter diesen Umständen von dem zweifellos erheblichen und zunehmend kompetenter werdenden Lehrangebot entsprechend zu profitieren. Um die Mitte der 70er Jahre war der Gründungsimpetus verpufft und die Unzufriedenheit mit den Studienergebnissen ziemlich allgemein.¹⁹

Der Umstand, daß den wissenschaftlichen Mitarbeitern ein Recht zur selbständigen Lehre und – nach dem Grundsatz „wer lehrt, prüft“ – auch zur Prüfung eingeräumt wurde, hat in den Anfangsjahren, die von den emanzipativen Ideen der 68er Bewegung mitgeprägt wurden, zu einer sehr nachsichtigen Lehr- und Prüfungspraxis ge-

¹⁸ Nach einer Revision der Prüfungsbestimmungen kann heute statt Planungs- und Entscheidungstheorie auch ‚Methoden der empirischen Sozialforschung‘ als Prüfungsfach gewählt werden.

¹⁹ Vgl. Klitzsch/Lohan, *Anspruch und Wirklichkeit*, S. 156 ff., sowie die Feststellungen des sog. Stuss-Papiers, s.u.

führt. Es bedurfte vielfältiger Enttäuschungen der Lehrenden, bis sich allmählich deren Maßstäbe der Leistungsbeurteilung angenähert haben. Hierzu haben einige Innovationen der damaligen Prüfungspraxis beigetragen, die von den Gründern in bewußter Abhebung von der Münsteraner Prüfungspraxis eingeführt worden waren.

1. Während früher sowohl bei Diplomarbeiten wie auch bei Dissertationen die Beurteilung lediglich in einer Benotung, allenfalls verbunden mit einer pauschalen verbalen Beurteilung bestand, wurden in den Bielefelder Prüfungsordnungen von allem Anfang an den Prüfenden schriftliche Gutachten zur Pflicht gemacht, in die die Prüflinge Einsicht haben. Im Falle des Promotionsverfahrens sind die Gutachten zudem fakultätsöffentlich. Schließlich besteht im Rahmen der Diplomprüfungsordnung die Regel, daß sich die Gutachter auf die Note nach Möglichkeit einigen sollten. In Fällen ernsthaften Dissenses entscheidet das Prüfungsamt, meist auf der Basis eines Drittgutachters. All dies hat dazu geführt, daß die Beurteilung schriftlicher Leistungen zu einem diskursiven Prozeß geworden ist, der mit einer nicht unerheblichen informellen Kontrolle seitens der Kollegen verbunden ist.

2. Die mündlichen Prüfungen im Rahmen der alten Münsteraner Diplomprüfungsordnung bestanden in zwölfminütigen Einzelprüfungen, wobei es grundsätzlich keine vorherigen Absprachen über den Prüfungsinhalt gab. Dies führte nicht selten dazu, daß ein erheblicher Teil der Prüfungszeit damit verstrich, daß sich Prüfender und Prüfling über das Thema des Prüfungsgesprächs verständigten, oder aber daß lediglich oberflächliches Wissen abgefragt wurde. Demgegenüber sieht die Bielefelder Diplomprüfungsordnung die vorherige Absprache eines Prüfungsthemas voraus, über das dann i.d.R. ein eingehendes Prüfungsgespräch stattfindet, welches die analytische Fähigkeit der Prüflinge (oder auch deren Mangel) klar hervortreten läßt. Zufallstrefen und Zufallsversager sind hier weitgehend ausgeschaltet. Hinzu kommt, daß die Prüfung als Kollegialprüfung abgenommen wird, daß sich also alle vier Prüfer über die Leistungen in allen vier Fächern einigen müssen – ebenfalls ein diskursives Moment.²⁰

Es gab also in dem insgesamt liberalen Prüfungskonzept doch einige Maßregeln, welche die Kommunikation zwischen den Lehrenden über die Leistungen der Studierenden sicherstellte, und es scheint dieses Moment gewesen zu sein, welches allmählich die Durchsetzung professioneller Standards ermöglicht hat. In der Entwicklung einer eigenständigen Prüfungskultur, von der nach meinem Eindruck heute durchaus gesprochen werden kann, meine ich ein Element der Institutionalisierung im einleitend genannten Sinne erkennen zu können.²¹

²⁰ Für die Anfänger ab 1991 ist eine neue, an die Rahmenprüfungsordnung angepaßte Prüfungsordnung in Kraft, im Rahmen derer einige dieser Elemente geändert wurden.

²¹ Einen wichtigen Beitrag hierzu haben auch die Vorsitzenden und Sachbearbeiterinnen des Prüfungsamtes geleistet, deren unauffällige Zuverlässigkeit und unaufdringliche Regelungstätigkeit ein wichtiges Rückgrat der Entwicklung geworden sind.

Strukturierung der Fakultät

Die Bielefelder Universitätsgründung sollte nach den ursprünglichen Plänen Helmut Schelskys aus großen Forschungsinstituten als „Grundeinheiten der Lehre und Forschung“ bestehen. Dieser Gedanke lebt auch in den heutigen Fakultäten fort, die gleichzeitig Grundeinheiten der Lehre und der Forschung sind. Es gab also zu Beginn – und es gibt in der Fakultät für Soziologie bis heute – weder Institute noch ‚Lehrstühle‘, d.h. Untereinheiten mit eigener Verfügungsberechtigung über bestimmte personelle und sächliche Mittel. Alle Mittel sind im Fakultätshaushalt eingestellt und werden grundsätzlich nur auf Zeit vergeben.

Während inzwischen durch die Hochschulgesetzgebung die persönliche Zuordnung der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu den Professoren wieder hergestellt worden ist, gehörte es zu den aus der Sicht der damaligen Assistentenschaft großen Errungenschaften der ersten Universitätssatzung, daß Zusammenarbeitsverhältnisse zwischen Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern nur auf der Basis wechselseitiger Zustimmung begründet werden konnten. Der Sinn dieser Bestimmung wurde allerdings von Fakultät zu Fakultät anders ausgelegt. In der Fakultät für Soziologie wurde bereits am 24.11.1971 auf Antrag der wissenschaftlichen Mitarbeiter ein Stellenbesetzungsverfahren beschlossen, das die Unabhängigkeit der Assistenten von einzelnen Professoren festschrieb. Bald beanspruchten die Assistenten gleiche Rechte wie die Professoren auch auf die Schreibkräfte und Sachmittel. Für die Professoren, denen im Rahmen von Berufungsverhandlungen eine bestimmte Zahl an Assistenten zugesagt worden war, und die aufgrund herkömmlicher Universitätsordnungen auch die Verfügung über die administrativen und sächlichen Ressourcen erwarten durften, bedeutete das eine faktische Expropriation. Immerhin war in den ersten Jahren die Ausstattung der Fakultät so günstig, daß begründete Ansprüche meistens befriedigt werden konnten, so daß erhebliche Verteilungskonflikte nicht auftraten. Das mag neben den emanzipationsfreundlichen Zeitumständen zur faktischen Akzeptanz der Regelungen beigetragen haben. Außerdem herrschte zum mindesten in den ersten Jahren des Fakultätsaufbaus insgesamt eine sehr konstruktive Zusammenarbeit einer Mehrheit der Professoren mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern und auch mit den von Münster herübergekommenen Studenten. Es war dieses konstruktive Miteinander, welches die auf hochgradiger Freiwilligkeit der Zusammenarbeit beruhenden Lösungen als möglich erscheinen ließ, welche die strukturierenden Beschlüsse der damaligen Fakultät kennzeichneten.

Im Frühjahr 1971, im Anschluß an die ‚Holzkamp-Krise‘, beschloß die Fakultät sogar ohne Gegenstimmen, eine Satzung auf der Basis einer drittelparitätischen Zusammensetzung aller Fakultätsgremien auszuarbeiten. Der unter dem Vorsitz von Dietrich Storbeck stehende Satzungsausschuß arbeitete fast zwei Jahre und versuchte, den wachsenden Entscheidungsschwierigkeiten in der mit der Zahl der Professoren überproportional wachsenden Fakultätskonferenz durch die Einführung des Repräsentationsprinzips zu begegnen. Auch wissenschaftliche Mitarbeiter sollten ge-

mäß diesem Entwurf ins Amt des Dekans gewählt werden können. Unmittelbar vor der endgültigen Verabschiedung dieser Satzung erging am 29.5.1973 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das eine Mehrheit der Professoren in den entscheidenden Universitätsgremien vorschrieb. Daraufhin versandete in der Folge das Bemühen um eine eigene Fakultätssatzung.

Die ‚Dekanatsunmittelbarkeit‘ der gesamten Fakultät brachte neue Probleme mit sich: Natürlich war das Dekanat und auch der Dekan als Dienstvorgesetzter aller Assistenten bei einer so großen ‚Kontrollspanne‘ überfordert, und aus der Sicht mancher mag dies durchaus im Sinne der damaligen Beschlüsse gewesen sein. Aber die Zeit der ‚tausend Blumen‘ führte vor allem in der Lehre zu einem unkoordinierten Angebot von Lehrveranstaltungen, da die Curricula erst allmählich entstanden und meist so allgemein gehalten waren, daß darunter fast alles subsumiert werden konnte. Die Fakultät stand vor dem Problem, sich selbst zu disziplinieren. Dies konnte nur durch die Schaffung von Binnenstrukturen geschehen, die jedoch nach den damaligen Vorstellungen so wenig ‚repressiv‘ wie möglich sein sollten.

Zunächst war für die Lehrplanung in Bielefeld das Münsteraner Modell einer ‚Lehrplanungskonferenz‘ übernommen worden, aber es gelang nicht, alle Lehrenden regelmäßig an einen Tisch zu bringen. Im Anschluß an eine Klausurtagung im Rheldaer Schloß vom Januar 1971 über die curriculare Struktur des Diplomstudienganges wurden zunächst Lehrplanungsgruppen für einzelne Fächer gebildet, wobei die einzelnen Lehrenden grundsätzlich zwei Lehrplanungsgruppen gleichzeitig zugeordnet wurden. Aufgabe dieser Lehrplanungsgruppen sollte nicht nur die Sicherstellung des Lehrangebots in den einzelnen Fächern, sondern auch die Entwicklung von Curricula sein. Für die Forschung wiederum sollten ganz andere Zusammenarbeitsstrukturen möglich sein. Die Leitvorstellung der Fakultät zu jener Zeit war also diejenige der freien Assoziation aller Fakultätsmitglieder zu unterschiedlichen Zwecken. Die praktische Konsequenz war allerdings, daß sich festere Strukturen überhaupt nicht bildeten. So wurde dann im Mai 1972 unter dem Druck der Rücktrittsdrohung des damaligen Dekans Christian von Ferber eine von breitem Konsens getragene Fakultätsstruktur aus zehn Arbeitsgruppen gebildet, wobei Doppelmitgliedschaften grundsätzlich ausgeschlossen wurden. Diese Arbeitsgruppen sollten nicht nur die Lehrplanung betreiben, sondern z.B. auch Personalentscheidungen über Mittelbaustellen vorbereiten und überhaupt die formellen Gremien der Fakultät hinsichtlich der für ihre Bereiche charakteristischen Belange beraten. Auch hier legte die Fakultät großen Wert darauf, daß es sich lediglich um eine informelle Strukturierung handle, der keinerlei Entscheidungskompetenz mit Bezug auf irgendwelche Ressourcen der Fakultät zugesprochen wurde.

Diese Regelung hatte je nach den Umständen recht unterschiedliche Konsequenzen: Im Falle der Praxisschwerpunkte, deren Lehrangebot sich auf das Hauptstudium konzentrierte und curricular eindeutig umrissen war, bildeten die Arbeitsgruppen nunmehr ein funktionales Äquivalent zum älteren Lehrstuhlprinzip: Ein Professor

mit in der Regel zwei bis vier Angehörigen des Mittelbaus plus ggf. zwei Studentenvertretern bildeten die Arbeitsgruppen. Am schwierigsten waren die Verhältnisse im Bereich der Allgemeinen Soziologie, wo einer Mehrzahl von Professoren eine größere Zahl von Angehörigen des wissenschaftlichen Mittelbaus – z.T. auf Dauerstellen – gegenüberstanden, ohne daß klare Zuordnungsverhältnisse bestanden hätten. Die übrigen Fachgebiete, insbesondere die Ergänzungsfächer, wurden in der Regel von einem Professor und nur ein bis zwei Assistenten vertreten, so daß sie als für eine Arbeitsgruppe zu klein erachtet wurden. So wurden – auch unter Berücksichtigung persönlicher Zu- und Abneigungen – vier Arbeitsgruppen gebildet, in denen jeweils mehrere Professoren und mehrere Angehörige des Mittelbaus vorhanden waren, wobei die Abgrenzung der fachlichen Zuständigkeiten sozusagen *ex post* erfolgte. Die Funktionsfähigkeit dieser vier großen Arbeitsgruppen, die im Laufe der Jahre auch gelegentlich in ihrer Zusammensetzung geändert wurden, blieb stets prekär.

Nach dem Scheitern der Satzungsbemühungen lavierte die Fakultät in den folgenden Jahren ziemlich entscheidungslos dahin, bis sie von außen zu neuen Strukturüberlegungen gezwungen wurde: Durch Senatsbeschluß wurde die Fakultät im Jahre 1975 erstmals genötigt, drei Stellen des wissenschaftlichen Mittelbaus abzugeben, und es stellte sich nunmehr das Problem, wie diese Verluste verteilt werden sollten. Dies führte zur Einrichtung eines Ausschusses der Fakultätskonferenz zur Stellenplanung, der im Sommersemester 1975 mit großer Intensität tagte und erstmals die Konsequenzen der weit überzogenen curricularen Anforderungen der verschiedenen Lehrgebiete rechnerisch darstellte. Nicht überraschenderweise stimmten dabei die in den einzelnen Arbeitsgruppen vorhandenen Lehrkapazitäten mit den durch die jeweilige Arbeitsgruppe abzudeckenden Lehrverpflichtungen des öfteren nicht überein, woraus sich zwar ein gewisses Kriterium für die Stellenkürzungen ableiten ließ, aber gleichzeitig die relative Beliebigkeit der Arbeitsgruppeneinteilung deutlich wurde.

Als zu Beginn des Wintersemesters 1976/77 Niklas Luhmann nicht zum Dekan gewählt wurde, weil er nachhaltige Strukturveränderungen der Fakultät anmahnte und als Dekan durchzusetzen gedachte, beschloß die Fakultät sozusagen als Entlastungsakt die Einsetzung eines drittelparitätisch besetzten Strukturausschusses, der den Abschlußbericht seiner Arbeiten im Juni 1977 vorlegte. Dieser von den Studenten gleich mit dem signifikanten Namen „Stuss-Bericht“ versehene Text enthielt zum ersten Mal den Versuch, so etwas wie eine organisatorische Selbstreflexion der Fakultät in Gang zu bringen. Der Ausschuß formulierte vier Zielsetzungen für die Fakultät: „Qualifizierte Ausbildung, Verbesserung der Berufschancen der Absolventen, Leistungssteigerung der Forschung und Wahrung/Gewinn eines entsprechenden Handlungsspielraums gegenüber Dritten“. Bei der Situationsanalyse diagnostizierte der Ausschuß eine geringe soziale Integration und mangelhafte Steuerungsfähigkeit der Fakultät: „Vorlagen von inhaltlicher Tragweite werden meist nur schleppend behandelt und häufig nicht verabschiedet. Ist dies der Fall, dann werden verabschiedete Regelungen, soweit sie überhaupt je ins Bewußtsein der Fakultätsmitglieder eindrin-

gen, nicht eingehalten. ... Konflikte, mit denen sich die Fakultät z.T. in unproduktiver Weise in den letzten Jahren beschäftigt hat, sind fast ausschließlich an Stellenbesetzungen fixiert worden. ... die Folge ist das Versinken der Fakultät in einem Immobilismus und die zunehmende Unfähigkeit, die auf sie zukommenden Probleme rechtzeitig zu identifizieren, geschweige denn, in Angriff zu nehmen. ... Nach Auffassung des Strukturausschusses besteht ein gegenseitiger Verstärkungseffekt zwischen anomischen Tendenzen, Immobilismus und Lustlosigkeit in der Selbstverwaltung“.²² Der Ausschuß versuchte sodann, ein Paket an Vorschlägen zu schnüren, das auf der einen Seite zu einer Stärkung der formalen Leistungsanforderungen im Studium, auf der anderen Seite zu einer verstärkten Verpflichtung der Lehrenden auf die curricular verpflichtenden Lehrangebote und zu ihrer Kontrolle durch Evaluationsverfahren führen sollte. Zwecks Stärkung der Beziehungen zur beruflichen Praxis sollte in jedem praxisorientierten Schwerpunktgebiet ein Mitarbeiter schwerpunktmäßig die Probleme der Berufspraxis und Berufsfeldforschung bearbeiten und eine Stabsstelle zur Beobachtung des Arbeitsmarktes geschaffen werden. Ebenso wurde die Kontaktpflege zu den Absolventen empfohlen. Zur wissenschaftlichen Nachwuchsförderung solle „endlich mit der Einrichtung und kontinuierlichen Durchführung von Forschungs- und Doktorandenkolloquien ernst gemacht werden. Dadurch könnte auch die im großen und ganzen ziemlich miserable wissenschaftliche Kommunikation innerhalb der Fakultät verbessert werden.“²³ In der Forschung sollten Forschungsschwerpunkte gebildet werden, und diese sollten durch die prioritäre Zuweisung von Ressourcen gefördert werden. Ferner wird eine Stärkung des Dekanats, die Einführung eines Referentensystems sowie eine bessere Dokumentation und Verbreitung der Fakultätsbeschlüsse angemahnt. Um die Interessenrepräsentation sicherzustellen, werden ständige Konsultationen zwischen den Sprechern der in der Fakultätskonferenz vertretenen Statusgruppen und dem Dekanat vorgeschlagen. Die Fakultätskonferenz solle verkleinert werden und sich in Zukunft ganz auf Grundsatzfragen konzentrieren. Darüber hinaus wird empfohlen, die Möglichkeit einer Einführung des Verhältniswahlrechtes für die Fakultätskonferenz zu prüfen, um die statusgruppenspezifische Fraktionierung zu relativieren und politisch-ideologische Konflikte offenkundiger zu machen.

Die Vorschläge dieses Strukturausschusses beschäftigten die Fakultät während des Wintersemesters 1977/78 und führten zu einer lebhaften Diskussion, die schließlich in einer Vorlage des Dekanates zur Fakultätskonferenz vom 21.6.1978 führte,²⁴

²² Abschlußbericht des Strukturausschusses der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld, vorgelegt von Johannes Berger u.a. im Juni 1977 (vervielfältigt), S. 3, 6 f.

²³ Abschlußbericht des Strukturausschusses der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld, 1977, S. 17.

²⁴ Vorlage zu TOP 13 der Fakultätskonferenz vom 21.6.1978, verabschiedet auf der Dekanats-sitzung vom 13.6.1978. Die Vielzahl der Stellungnahmen zum Bericht der Strukturkommission war vorher in einer umfangreichen Synopse (April 1978) aufgearbeitet worden.

welche bestimmte Vorschläge paketartig bündelte. Auch diese Initiative scheiterte jedoch an ihrer Komplexität, bzw. an der Entscheidungsunfähigkeit der Fakultätskonferenz.

Dennoch sind eine Reihe der damals angemahnten Punkte im Laufe der folgenden Jahre sehr allmählich in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Dies folgte keinem klaren Konzept, sondern häufig gewissen Anlässen oder auch Präferenzen einzelner Dekane oder Dekanate. Die Fakultät geriet zudem mit der anstehenden Integration der Pädagogischen Hochschule in die Universität in neue externe Herausforderungen, die im Ergebnis zu einer erheblichen Vergrößerung der Fakultät – und der Fakultätskonferenz – führten, welche dieses Gremium noch unhandlicher werden ließ. Erst seitdem durch ein neues Hochschulgesetz und eine entsprechende Anpassung der Hochschulsatzung Anfang der 80er Jahre der Weg für eine Verkleinerung der Fakultätskonferenz freigemacht wurde, den zu gehen die Fakultät selbst nicht die Kraft hatte, ist das Gremium wieder entscheidungsaktiver geworden. Die Stärkung der Position des Dekans durch das Hochschulgesetz von 1979 und die Anpassung der Grundordnung der Universität wurde durch die Einführung einer permanenten Strukturkommission als entscheidungsvorbereitendem Gremium kompensiert, in dem alle Statusgruppen vertreten sind.²⁵

In dem Maße, in dem in den 80er Jahren die inzwischen eingeführten Kapazitätsgrundsätze zu praktischen Konsequenzen führen sollten, geriet der Stellenhaushalt der Fakultät in offenkundige Gefahr, da mit dem Rückgang der Anfängerzahlen im Soziologiestudium die Fakultät zu den am schlechtesten ausgelasteten Einrichtungen der Universität zählte. In dieser Situation verdient die Initiative des damaligen Dekans Gert Schmidt Erwähnung, der zusammen mit dem Strukturausschuß eine Reorganisation der Fakultät nicht nur plante, sondern auch in vielfältigen persönlichen Gesprächen mit Fakultätskollegen akzeptabel machte.²⁶ Dieses Konzept war gleichzeitig nach innen und außen gerichtet: Es begründete zum einen nach außen die Notwendigkeit, eine starke soziologische Fakultät in Bielefeld zu erhalten, und es strukturierte nach innen eine neue Fakultätsorganisation in der Form von acht wissenschaftlichen Einheiten, welche bis heute das Gesicht der Fakultät prägen:

- I Theorie und Geschichte der Soziologie
- II Methoden der empirischen Sozialforschung
- III Wirtschaft- und Sozialstruktur
- IV Politik und Verwaltung

²⁵ Die bisherigen Mitglieder der Strukturkommission als Nachfolgeorgan des Dekanats sind ebenfalls in den Anhang (Tabelle 2) aufgenommen worden.

²⁶ Die Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld am Ende der 80er Jahre – Ein Positionspapier aus Anlaß des „Strukturplanes 2001“ des MWF des Landes NRW. Vorgelegt vom Dekan der Fakultät für Soziologie und der Kommission für Struktur, Haushalts- und Personalangelegenheiten. Juni 1988.

- V Arbeit und Organisation
- VI Wissenschaft und Technik
- VII Soziale Probleme, Gesundheit und Sozialpolitik
- VIII Entwicklungssoziologie

Jeder dieser wissenschaftlichen Einheiten sind mehrere Professuren und Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter zugeordnet, wodurch eine ähnliche Größenordnung (6 bis 12 Wissenschaftler) erreicht wird. Zu den Sitzungen der wissenschaftlichen Einheiten werden auch 2 Vertreter der Studenten und Studentinnen sowie des nicht-wissenschaftlichen Personals eingeladen.

Die formellen Kompetenzen der wissenschaftlichen Einheiten sind allerdings beschränkt. Ihnen obliegt insbesondere die Koordinierung der Lehrplanung und die Vorbereitung von Personalentscheidungen unterhalb der Berufungsverfahren. Feste Mittel sind ihnen bisher nicht zugewiesen worden, doch wird dies mancherseits durchaus als zukünftige Möglichkeit erwogen.

Die damit gewonnene Fakultätsstruktur überzeugt vor allem in inhaltlicher Hinsicht, weil sie ein differenziertes thematisches Profil deutlich erkennen läßt. Dies hat auch in verschiedenen wissenschaftlichen Einheiten bestehende Kooperationen und Forschungsschwerpunkte gestärkt und zur Bildung neuer Anlaß gegeben. Die innere Struktur und Arbeitsweise der Einheiten blieb – nicht zuletzt bedingt durch die Personen und die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen – uneinheitlich und auch hinsichtlich ihrer Effektivität unterschiedlich. Aber es ist gelungen, zu einer allgemein akzeptierten Struktur zu finden, die auch eine gewisse Bündelung und Präsentation unterschiedlicher Interessen in der Fakultät ermöglicht. Für die Entscheidungsvorbereitungen in der Fakultät sind jedoch die formellen Kommissionen (insbesondere Strukturausschuß, Lehrkommission, Forschungskommission) nach wie vor von größerer Bedeutung.

Die Forschung

Schelsky hatte die von ihm geplante Universität in Ostwestfalen als ‚Forschungsuniversität‘ konzipiert.²⁷ Nach den Vorstellungen des Gründungsausschusses sollten sich die Professoren jeweils abwechselnd ein Jahr schergewichtig der Lehre und der Forschung widmen können, ein wesentlicher Attraktionspunkt für forschungsorientierte Wissenschaftler in der Gründungsphase. Allerdings wurde dieser Grundsatz in der Folge durch das Wissenschaftsministerium dahingehend ausgelegt, daß die Befreiung von der Lehre im ‚Forschungsjahr‘ durch die Erbringung eines doppelten Lehrdeputates im ‚Lehrjahr‘ zu kompensieren sei. Dieses Konzept erwies sich sowohl unter curricularen Gesichtspunkten als auch unter akademischen Lehrstandards als wenig

²⁷ Vgl. Kaufmann, Die Universität Bielefeld – ihr Konzept und dessen Schicksal, S. 33 ff.

praktikabel. Schon nach wenigen Jahren hatte sich die übliche Kombination von Lehre und Forschung – unterbrochen von Freisemestern – eingebürgert.

Dennoch bot die Universität Bielefeld eine Reihe von forschungserleichternden Vorteilen: Vor allem in den Fächern, die noch vor der offenkundigen Finanzknappheit des Landes etabliert wurden, konnte ein hervorragender Bibliotheksbestand aufgebaut werden, so auch in der Soziologie.²⁸ Ferner verfügte die Universität nach dem Bezug des Hauptgebäudes zunächst über ausgedehnte Raumreserven, so daß Drittmittelprojekte unschwer untergebracht werden konnten. Von besonderer struktureller Bedeutung erwies sich die Konzeption der Fakultäten als Grundeinheiten von Lehre und Forschung eines bestimmten Faches. Dadurch ergab sich in Bielefeld von vorneherein eine Schwerpunktbildung in bestimmten Fächern, während andere Fachgebiete (z.B. große Bereiche der Kulturwissenschaften) überhaupt nicht vertreten sind. Es folgt daraus eine größere fachliche Nähe der Wissenschaftler einer Fakultät, so daß die Kooperationsbedingungen in Forschung und Lehre grundsätzlich günstiger als anderswo erscheinen. Schließlich dürfte auch die Berufung von stark forschungsmotivierten Professoren zu einem insgesamt forschungsfreundlichen Klima in Bielefeld beigetragen haben. All diese Umstände treffen auf die Fakultät für Soziologie in besonderer Weise zu.

Trotzdem dauerte es recht lange, bis sich tragfähige Schwerpunkte in der Forschung gebildet haben. Die Aufbauphase absorbierte ohnehin die meisten Kräfte für die Entwicklung von Lehrkonzepten und für die Selbstverwaltung. Hinzu kamen die hochschulpolitischen Konflikte und die bereits erwähnte Unfähigkeit der Fakultät, sich zu strukturieren. Dementsprechend zeigen die Forschungsberichte der Aufbauphase²⁹ das eher diffuse Bild einer Vielzahl von Kleinprojekten und Dissertationen. Gemäß dem ersten Forschungsbericht (1970) waren an der Fakultät 12 Hochschullehrer und 41 wissenschaftliche Mitarbeiter tätig, die sich durch insgesamt 102 Forschungsprojekte und 64 wissenschaftliche Veröffentlichungen auswiesen. Im Jahr 1978 umfaßte der Lehrkörper der Fakultät 21 Mitglieder; der akademische Mittelbau umfaßte 46 etatisierte Mitarbeiter und 23 wissenschaftliche Mitarbeiter in Forschungsprojekten. Die Zahl der Forschungsprojekte war nur unwesentlich auf 108 angestiegen, was aber im wesentlichen durch eine Änderung des Begriffs ‚Forschungsprojekt‘ erreicht wurde: nunmehr handelte es sich tatsächlich im wesentlichen um längerfristige Projekte, und die zu Projekten hochstilisierten Gelegenheitsarbeiten sind völlig verschwunden.

²⁸ Leider wird es angesichts der fortgesetzten Kürzungen des Bibliothekshaushaltes der Universität und der daraus resultierenden Verteilungskämpfe einerseits sowie der Verteuerung der Publikationen andererseits immer schwieriger, diesen Standard zu halten.

²⁹ Die Universität Bielefeld berichtet seit 1970 in zunächst jährlichen, dann zweijährlichen Abständen über ihre Forschungstätigkeit im Rahmen eines nach Fakultäten und Einrichtungen der Universität gegliederten Forschungsberichtes. Die folgenden Informationen sind aus der Durchsicht dieser Forschungsberichte gewonnen.

Ein Drittel der Projekte wurde durch Drittmittel finanziert, 40% aus dem Universitätshaushalt bezuschußt; nur knapp 30% waren reine Schreibtischarbeiten. Die Zahl der jährlichen Publikationen hat sich allerdings im Verhältnis zur gestiegenen Zahl der Mitarbeiter in diesem Zeitraum kaum erhöht.³⁰

Was die Schwerpunktbildung betrifft, so trat zunächst lediglich der bereits aus Dortmund übernommene Schwerpunkt „Lateinamerikaforschung“ um H.A. Steger hervor. Im Laufe der 70er Jahre entwickelten sich Schwerpunkte der Forschung in den Bereichen „Sprache, Wissen, Interaktion“ (J. Matthes) und „Sozialpolitik“, wo die Forschungen insbesondere durch den vom BMFT finanzierten und von F.-X. Kaufmann koordinierten Forschungsverbund „Bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt“ und durch von C. v. Ferbers Studien im Bereich der Gesundheitspolitik geprägt wurden. Große Bedeutung hatte auch von Anfang an der Forschungsbereich „Sozialwissenschaftliche Berufsausbildung und Berufspraxis“, wie dies dem Konzept einer aktiven Professionalisierung der Soziologie entspricht. Zahlreichere größere Projekte unterschiedlicher Projektleiter bezogen sich in dieser Zeit auf die öffentliche Verwaltung, ohne daß es zu einer zusammenhängenden Schwerpunktbildung gekommen wäre. Gegen Ende der Phase deuten sich bereits weitere Forschungsschwerpunkte an, so insbesondere im Bereich der Forschung über Entwicklungsgesellschaften (H.D. Evers).

Der sprunghafte Aufstieg der Forschungsprojekte (auf 167) und des Drittmittelvolumens (auf 6,9 Mio. DM) im Zeitraum 1979/80 ist zwar teilweise auf den Übergang zu einem zweijährigen Rythmus der Berichterstattung zurückzuführen, signalisiert aber auch eine Expansion der Forschungstätigkeit, welche ab Anfang der 80er Jahre nicht nur die Fakultät für Soziologie, sondern die Universität als ganze erfaßt hat. Das erwartete Stagnieren der Studentenzahlen und die seit der Landtagswahl von 1980 offenkundigen Bestrebungen der Landesregierung zu Einsparungen im Hochschulbereich veranlaßten die Universität als ganze, auf eine stärkere Profilierung in der Forschung zu setzen.

So wurden in den 80er Jahren nicht weniger als fünf Sonderforschungsbereiche der DFG eingeworben, davon zwei unter Beteiligung von Mitgliedern der Fakultät für Soziologie. Auch das Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik wurde 1980/81 mit nachhaltiger Unterstützung der Fakultät für Soziologie aufgebaut. Wissenschaftler der Fakultät engagierten sich auch in anderen zentralen Einrichtungen der Universität: Dem Zentrum für interdisziplinäre Forschung, dem Forschungsschwerpunkt ‚Wissenschaftsforschung‘ (jetzt: Institut für Wissenschaft und Technik) sowie am Zentrum für Wissenschaft und Praxis.

³⁰ 1978: 137 Veröffentlichungen. Im Durchschnitt wurden zwischen 1970 und 1978 pro Jahr 123 wissenschaftliche Veröffentlichungen registriert. Zum Vergleich: Zwischen 1979 und 1984 sind es jährlich 190 Veröffentlichungen, zwischen 1985 und 1992 durchschnittlich 280 Veröffentlichungen pro Jahr gewesen. Dabei hat sich die Zahl der an der Fakultät beschäftigten Wissenschaftler seit 1979 auf einen Wert zwischen 100 und 110 eingependelt.

Innerhalb der Fakultät entwickelten sich drei Forschungsschwerpunkte, denen durch Beschluß der Fakultätskonferenz auch ein ‚offizieller‘ Status gegeben wurde:

– Der Forschungsschwerpunkt „Zukunft der Arbeit“ (J. Berger, J. Feldhoff, K.P. Japp, C. Offe, G. Schmidt u.a.) beschäftigt sich vor allem mit industriesoziologischen Forschungen und Problemen der Organisationssoziologie sowie der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Er nahm in den 80er Jahren einen raschen Aufschwung und trug lange Zeit maßgeblich zum hohen Drittmittelvolumen der Fakultät bei.

– Der Forschungsschwerpunkt „Entwicklungssoziologie“ (H.D. Evers, G. Lachenmann, G. Schlee u.a.) umfaßt eine größere Zahl von Forschungskomplexen, unter denen das von der Volkswagen-Stiftung geförderte Forschungs- und Ausbildungsprogramm Südost-Asien (1981-1991) sowie neuerdings ein Graduiertenkolleg hervorzuheben sind. Weitere Forschungen beziehen sich auf islamische Gesellschaften sowie auf Probleme der Entwicklungspolitik. Zahlreiche Lehrforschungsprojekte in Ländern der Dritten Welt gaben Bielefelder Studenten die Gelegenheit, Feldforschungserfahrungen ‚vor Ort‘ zu sammeln. Aus dem Forschungskomplex „Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß“ gingen wesentliche Impulse zur Verselbständigung der Bielefelder Frauenforschung hervor (C. v. Werlhof, V. Bennholdt-Thomsen). Zur Institutionalisierung der Frauenforschung hat die Fakultät mit zwei Professuren (U. Müller, G. Lachenmann) beigetragen.

– Der Forschungsschwerpunkt „Soziale Probleme und lokale Politik“ (G. Albrecht, F.-X. Kaufmann, H.R. Schneider, D. Storbeck u.a.) setzte sich die Untersuchung von Entstehungszusammenhängen und Verlaufsformen sozialer Probleme sowie von Bedingungen und Formen ihrer politischen Bearbeitung im kommunalen Kontext zum Ziel. Hier bestand eine intensive Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich „Sozialpolitik und Familie“ des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik. Ein erheblicher Teil der Projektstätigkeit der hier kommunizierenden Wissenschaftler verschob sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in den Sonderforschungsbereich 227 der DFG „Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter“ sowie in den Nordrhein-Westfälischen Forschungsverbund „Public Health“. Von der mit diesem Forschungsschwerpunkt verbundenen Wissenschaftlichen Einheit VII: Soziale Probleme, Gesundheit, Sozialpolitik sind auch wesentliche Impulse zum Aufbau des Ergänzungsstudiengangs „Gesundheitswissenschaften und öffentliche Gesundheitsförderung“ ausgegangen, der seit 1989 von der Fakultät für Soziologie getragen und 1994 an die neu gegründete Fakultät für Gesundheitswissenschaften verlagert wurde.

Obwohl nicht in Form eines zusammenhängenden Schwerpunktes hat in den 80er und frühen 90er Jahren die sozialwissenschaftliche Steuerungstheorie von Bielefeld aus nachhaltige Impulse erfahren. Angeregt vor allem durch die Theorieentwicklung von Niklas Luhmann, aber auch unter Aufnahme ganz anderer Traditionen fanden zum einen zwei Forschungsgruppen im ZiF „Steuerung und Erfolgskontrolle im öffentlichen Sektor“ (F.-X. Kaufmann) und „Staatsaufgaben“ unter maßgeblicher Beteiligung von Fakultätsmitgliedern (J. Berger, A. Hérítier, F.-X. Kaufmann, C. Offe, H. Willke) statt. Zum anderen trat eine vom Arbeitsbereich , Planungs- und Entschei-

‘Ausgangstheorie’ ausgehende Arbeitsgruppe (H. Willke, M. Glagow u.a.) mit mehreren Publikationen hervor. Die Arbeiten von H. Willke und A. Héritier auf diesem Gebiet haben nun jüngst zur Zuerkennung des ‚Leibniz-Preises‘ an die beiden Forscher geführt.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre kamen neue Forschungsgebiete hinzu, und zwar vor allem im Bereich der allgemeinen Soziologie: Es entstanden Forschungsschwerpunkte zur Geschichte der Soziologie, wo insbesondere die Betreuung der Simmel-Gesamtausgabe durch O. Rammstedt zu erwähnen ist; ferner im Bereich „Kultursoziologie und Kulturanalyse“ (R. Grathoff, K. Knorr-Cetina) wo auch wesentliche Beiträge zur Entwicklung von Methoden der qualitativen Sozialforschung geleistet werden. Von hier gingen ferner wesentliche Impulse zur Etablierung fester Verbindungen mit Soziologen in Osteuropa aus, welche in jüngster Zeit ein bedeutendes Aktivitätsfeld von Mitgliedern der Fakultät darstellen. Kontakte werden insbesondere gepflegt zu Polen (R. Grathoff), zu Bulgarien (R. Grathoff, H. Daheim) und zur Universität St. Petersburg (J. Feldhoff). Die späten 80er und die frühen 90er Jahre sind überhaupt durch eine starke Internationalisierung sowohl der Forschungsthemen als auch der Kontakte von Fakultätsmitgliedern gekennzeichnet. Die international vergleichende Forschung gewinnt stark an Gewicht, und zwar insbesondere in den Bereichen Industriosociologie, Wirtschaftssoziologie, Politikwissenschaft und Sozialpolitik. Neben dem Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, der von allem Anfang an international ausgerichtet war, haben sich internationale Kontakte auch in nahezu allen anderen Arbeitsbereichen der Fakultät etabliert.

Diese Skizze macht deutlich, daß die Institutionalisierung der Forschung an der Fakultät vor allem der Initiative einzelner Wissenschaftler zuzuschreiben ist. Es begann mit einzelnen Drittmittelprojekten, zu deren Einwerbung sich manche von uns schon deshalb veranlaßt sahen, weil sie die umständlichen Prozeduren zur Erreichung inneruniversitärer Finanzmittel und die damit gegebene Abhängigkeit vom Wohlwollen der hierüber befindenen Gremienvertreter störte. Mit jedem Drittmittelprojekt werden Loyalitäten gegenüber den eingestellten Mitarbeitern begründet, die den Projektleiter sozusagen in einen Zugzwang bringen, weitere Drittmittel einzuwerben. Gleichzeitig wächst der Sachverstand der Mitarbeiter, die zunehmend selbst initiativ werden und nach der Promotion auch eigenständig Projekte leiten können. So entstanden schon in den 70er Jahren Projektgruppen als Entwicklungskerne längerfristiger Schwerpunktbildungen. Größere Schwerpunkte resultierten wiederum aus der Initiative einzelner, die sich jedoch mit wenigen anderen zu gemeinsamen Anstrengungen zusammengeschlossen haben.

Dabei war die Unterstützung von seiten des Rektorates und der Universitätsverwaltung häufig stärker als von seiten der Fakultät, wo der Einflußgewinn einzelner und kleiner Gruppen nicht selten mit Unbehagen und Neid registriert wurde. Seitdem die Leistungen der Fakultät in wachsendem Maße überregional und international anerkannt werden, hat sich allerdings auch hier das Klima gewandelt, und es scheint eine gemeinsame Sorge um den Erhalt des guten Rufes an Kraft zu gewinnen.

Die Veranstaltung des Weltkongresses der International Sociological Association 1994 gibt dem Ausdruck; vor allem D. Storbeck und P. Weingart haben sich darum verdient gemacht.

Da diese Darstellung der Forschungsentwicklung sich an Institutionalisierungsprozessen orientiert hat, blieben die Leistungen von ‚Einzelkämpfern‘, aber auch diejenigen des akademischen Mittelbaus notwendigerweise unterbelichtet. Namentlich muß wenigstens Niklas Luhmann erwähnt werden, der als einer der international führenden Theoretiker unseres Faches die Theoriediskussionen an der Fakultät wie kein anderer inspiriert hat. Man wird sein Wirken auch am ehesten als ‚schulbildend‘ bezeichnen dürfen, wie nicht zuletzt die Berufung von Rudolf Stichweh zu seinem Nachfolger dokumentiert.

Schlußbemerkungen

Man kann sich abschließend fragen, worauf der derzeit gute Ruf der Fakultät zurückzuführen ist. Wahrscheinlich kommen viele Faktoren zusammen, die auch etwas mit der Größe der Fakultät und der schieren Zahl der Soziologen in Bielefeld zu tun haben, aber in ihr nicht aufgehen. Unter Berücksichtigung aller an der Fakultät vertretenen Fächern gibt es an manchen anderen deutschen Universitäten eine noch weit größere Zahl vergleichbarer Sozialwissenschaftler. Entscheidender dürfte die institutionelle Autonomie und die eindeutige Dominanz des Faches Soziologie gewesen sein, welche zum mindesten die fachfremden Reibungsverluste minimierte. Nicht weniger wichtig scheint mir der Umstand, daß die ‚Zwangsgesellschaftung‘ von so vielen Soziologen in einem Institut in Bielefeld nicht zu starren Fronten und permanentem Kleinkrieg, sondern überwiegend zu einem produktiven Konkurrenzverhalten geführt hat, das sich an überregionalen und internationalen Netzwerken sowie an allgemein anerkannten wissenschaftlichen Qualitätsstandards orientiert. Auf diese Weise hat Bielefeld auch nachhaltig zur Differenzierung des Faches ‚Soziologie‘ in der Bundesrepublik und zur Etablierung entsprechender Kommunikationsnetzwerke beigetragen, was wieder verstärkend auf die Bielefelder Schwerpunktbildungen zurückgewirkt hat. So wurden etwa folgende Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unter maßgeblicher Beteiligung von Bielefelder Soziologinnen und Soziologen gegründet: Sprachsoziologie, Entwicklungssoziologie, Wissenschaftsforschung, Sozialpolitik, Frauenforschung in den Sozialwissenschaften, Soziale Probleme und soziale Kontrolle, Wirtschaftssoziologie und Religionssoziologie.

Natürlich hat die langjährige Anwesenheit internationaler Leitfiguren der Soziologie wie Norbert Elias und Niklas Luhmann der Fakultät Glanz gegeben, aber doch nur vor dem Hintergrund eines breiten Qualitätsstandards in Forschung und Lehre, wobei hier vor allem der breite Zugang der Studierenden zu Forschungsmöglichkeiten – sei es als Hilfskräfte oder im Rahmen von Lehrforschungsprojekten – entscheidend ist. Nicht unerwähnt bleibe schließlich die „Zeitschrift für Soziologie“, deren

Arbeitsweise³¹ mir durchaus symptomatisch für den zwar etwas kühl-distanzierten, vielleicht auch reichlich unpersönlichen, aber dominant sachbezogenen Kommunikationsstil der Fakultät zu sein scheint.

Anhang

Tabelle 1: Dekane und Dekanate der Fakultät für Soziologie 1969 bis 1987

Amtszeit	3/69-9/69 ^a	9/69-2/70	3/70-5/71	5/71-9/71
Dekan/in	Joachim Matthes		Franz-Xaver Kaufmann	
Vertreter/innen der Professoren	Franz-Xaver Kaufmann	Niklas Luhmann*		Otthein Rammstedt*
Vertreter/innen der wiss. Mitarbeiter	Hanns Wienold		Otthein Rammstedt	Paul Wolters
Vertreter/innen der Studenten	Christine Woesler		Lutz Fischer	
Assistent/in des Dekans ^b	Siegfried Schneider		Friedhart Hegner	
Amtszeit	10/71-9/72	10/72-9/73	10/73-9/74	10/74-3/75
Dekan/in	Christian von Ferber		Theodor Harder	
Vertreter/innen der Professoren	Theodor Harder	Günter Albrecht	Peter Schöber	Hans-Dieter Evers
Vertreter/innen der wiss. Mitarbeiter	Paul Wolters*	Siegfried Kätsch*	Norbert Müller*	Georg Stauth*
Vertreter/innen der Studenten	Hans-Georg Pütz	Peter Boy	Albrecht Boeck	Rüdiger Korff
Assistent/in des Dekans ^b	Wolfgang Kröpp			
Amtszeit	4/75-9/75	10/75-9/76	10/76-9/77	10/77-9/78
Dekan/in	Theodor Harder		Peter Weingart	
Vertreter/innen der Professoren	Hans W. Gottinger	Claus Offe	Hans-Dieter Schmidt	Hans-Dieter Mummendey
Vertreter/innen der wiss. Mitarbeiter	Georg Stauth*	Klaus-Dieter Bock*	Wolf-Dieter Eberwein*	
Vertreter/innen der Studenten	Rüdiger Korff	Arthur Bogner	Karl-Heinz van Kevelaer	Hermann-D. Schröder
Assistent/in des Dekans ^b	Wolfgang Kröpp		Michael Vesper (ab 2/77)	
Amtszeit	10/78-11/78	12/78-10/79	11/79-9/80	10/80-5/81
Dekan/in	Günter Albrecht			Hans-Dieter Evers

³¹ Vgl. hierzu den Beitrag von S. Hirschauer und M. Winterhager.

Vertreter/innen der Professoren	Klaus Allerbeck	Karl Krahn	Hansjürgen Daheim	Günther Steinkamp
Vertreter/innen der wiss. Mitarbeiter	Gernot Graeßner			Christel Rammert-Faber*
Vertreter/innen der Studenten	Herman-D. Schröder		Reinhard Möhlmann	Helmut Voelzkow
Assistent/in des Dekans ^b	Michael Vesper			

Amtszeit	6/81-9/81	10/81-9/82	10/82-9/83	10/83-9/84
Dekan/in	Hans-Dieter Evers		Karl Krahn	
Vertreter/innen der Professoren	Günther Steinkamp	Gert Schmidt	Gert Schmidt*	Helmut Willke
Vertreter/innen der wiss. Mitarbeiter	Christel Rammert-Faber*	Werner Rammert*	Sebastian Fohrbeck	Christof Wehrsig*
Vertreter/innen der Studenten	Helmut Voelzkow	Huberta von Eberstein Gudrun Kolberg	Metrin Franz	Gabriele Hard
Assistent/in des Dekans ^b	Michael Vesper			Reinhard Möhlmann

Amtszeit	10/84-9/85	10/85-9/86	10/86-3/87
Dekan/in	Johannes Berger		
Vertreter/innen der Professoren	Helmut Willke*	Gunnar Stollberg*	
Vertreter/innen der wiss. Mitarbeiter	Hajo Weber	Karl Peter Schön	
Vertreter/innen der Studenten	Thomas Menkhoff	Veronika Tacke (bis 11/86)	
Assistent/in des Dekans ^b	Reinhard Möhlmann	Marianne Friedrich	

* Prodekan/in

^a Geschäftsführender Ausschuß der Fachbereichskommission Soziologie

^b Der Leiter der Fakultätsverwaltung, Otto Lüke, nahm während des gesamten Zeitraumes ebenfalls an den Sitzungen des Dekanats teil.

Tabelle 2: Dekane und Kommission für Struktur, Haushalts- und Personalangelegenheiten 1987 bis 1994

Amtszeit	4/87-9/87	10/87-4/88	5/88-9/88	10/88-5/89
Dekan/in	Gert Schmidt			
Prodekan/in	Günter Albrecht			
Hochschullehrer/innen	Helmut Willke	Franz-Xaver Kaufmann	Franz-Xaver Kaufmann, Richard Grathoff	Richard Grathoff
Wiss. Mitarbeiter/innen	Eckhard Dittrich		Reinhard Mohlmann	
Nichtwiss. Mitarbeiter/innen	Marlies Janisch			
Student/innen	Albert Heidinger			Friedhelm Eichhorn
Ständige Gäste ^b	Marianne Friedrich		Veronika Tacke	
Amtszeit	6/89-9/89	10/89-4/90	5/90-9/90	10/90-9/91
Dekan/in	Klaus Dammann			Helmut Willke
Prodekan/in	Hans-Dieter Mummendey			Ursula Müller
Hochschullehrer/innen	Richard Grathoff	Jürgen Feldhoff, Richard Grathoff	Jürgen Feldhoff, Hans-Dieter Evers	
Wiss. Mitarbeiter/innen	Reinhard Möhlmann		Axel Groenemeyer	
Nichtwiss. Mitarbeiter/innen	Angelika Jehring			
Student/innen	Friedhelm Eichhorn	Johann Großewinkelmann		Hans-Peter Weinstock
Ständige Gäste ^b	Veronika Tacke	Susanne Rebien		
Amtszeit	10/91-4/92	5/92-9/92	10/92-4/93	4/93-9/93
Dekan/in	Ursula Müller		Otthein Rammstedt	
Prodekan/in	Otthein Rammstedt		Adrienne Héritier	
Hochschullehrer/innen	Hans-Dieter Evers, Gert Schmidt		Hansjürgen Daheim, Franz-Xaver Kaufmann	
Wiss. Mitarbeiter/innen	Klaus Amann			
Nichtwiss. Mitarbeiter/innen	Maria Stute		Irene Furch (ab 7/92)	
Student/innen	Hans Peter Weinstock		Wolfgang Ritter	
Ständige Gäste ^b	Susanne Rebien	Volkhard Krech	Susanne Rebien (ab 3/93)	

Amtszeit	10/93-2/94	seit 3/94
Dekan/in	Otthein Rammstedt	Günther Schlee
Prodekan/in	Adrienne Héritier	
Hochschullehrer/innen	Hansjürgen Daheim und Karl Krahn	
Wiss. Mitarbeiter/innen	Brigitta Leuschner	
Nichtwiss. Mitarbeiter/innen	Christel Huelsewede	
Student/innen	Stefan Hummelsheim	Thorsten Backherms
Ständige Gäste ^b	Susanne Rebien	

^b Der Leiter der Fakultätsverwaltung Otto Lüke nahm während des gesamten Zeitraumes ebenfalls an den Sitzungen der Strukturkommission teil.